

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.

Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen zu den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen?

Wir stehen für eine liberale Politik, die im Milchsektor grundlegende Hürden für eine marktwirtschaftliche Mengenregulierung durch den Preismechanismus beseitigt und wettbewerbsverzerrenden Konzentrationen von Marktmacht in der gesamten Wertschöpfungskette Grenzen setzt. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine konsequente Anwendung des Art. 148 der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) ein, um den milcherzeugenden Betrieben Verlässlichkeit hinsichtlich der Milchvermarktung zu bieten und die Milchpreisabsicherung seitens der verarbeitenden Unternehmen anzureizen. Wir fordern grundsätzlich mehr Mut zur Marktwirtschaft.

Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Wir sind der Auffassung, dass Branchenverbände, die sich mit einer Verbesserung der Markttransparenz oder mit der Entwicklung marktkonformer Lieferbeziehungen befassen, für den Milchsektor durchaus von Nutzen sein können. Zentral bei der Ausgestaltung ist dabei für uns, dass sie mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt nicht entgegenstehen.

Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen (Artikel 148 GMO) oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Der Gesetzgeber trägt unserer Meinung nach Verantwortung dafür, den marktwirtschaftlichen und mengenregulierenden Preismechanismus in der gesamten Wertschöpfungskette funktionsfähiger zu gestalten. Wir setzen uns für eine Reform des Genossenschaftsrechts ein. Unserer Ansicht nach gehören einige Regelungen im deutschen Genossenschaftsrecht dahingehend auf den Prüfstand, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen. Zeitlich befristete Liefervereinbarungen über Menge, Qualität und Festpreis könnten zum Beispiel ein Modell sein, das den Erzeugern ebenfalls ein hohes Maß an Absicherung bietet, den Molkereien aber womöglich zugleich eine vermarktungsgerechtere und preisstabilere Angebotssteuerung ermöglichen würde als das bisherige Geflecht aus Andienungs- und Abnahmepflicht. Insofern sind gesetzgeberische Möglichkeiten im Rahmen des Art. 148 der GMO zu prüfen. Der Milchsektor braucht mehr Wettbewerb und nicht weniger.

Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2027 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Die europäische Agrarpolitik braucht ein Update. Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte insgesamt unabhängiger von Agrarzahlen machen und sie von überbordender Bürokratie entlasten. Flächenbezogenen Direktzahlungen wollen wir besser verteilen. Dazu wollen wir insbesondere die ersten Hektare stärker fördern. Wir wollen einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU. Nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen für alle im gemeinsamen Binnenmarkt können wir die Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindern. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen brauchen wir eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel. Das Genossenschaftsrecht wollen wir reformieren. Die fortschreitende Konzentration von Marktmacht schadet dem Wettbewerb. Handelshemmnisse für Landwirte wollen wir darüber hinaus abbauen.

Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder / Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen/einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?

Wir wollen Landwirtinnen und Landwirte insgesamt unabhängiger von Agrarzahlen machen und sie von überbordender Bürokratie entlasten. Flächenbezogenen Direktzahlungen wollen wir besser verteilen. Dazu wollen wir insbesondere die ersten Hektare stärker fördern. Wir wollen einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU. Nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen für alle im gemeinsamen Binnenmarkt können wir die Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindern. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen brauchen wir eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel.

Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Wir setzen uns dafür ein, dass Nahrungsmittel übersichtlich gekennzeichnet sind. Viele verschiedene Labels führen nicht zu Transparenz, sondern stiften Verwirrung. Bei tierischen Primärprodukten wie Fleisch oder Milch soll es eine europaweite Herkunftskennzeichnung geben, die sich an der bestehenden Kennzeichnung für Eier orientiert. Zudem wollen wir den Lebensmitteleinzelhandel bei der Umsetzung von transparenten Kriterien für tierwohlgerichte Produkte unterstützen, und einen Dialog zwischen Landwirtschaft, Handel und den Verbraucherinnen und Verbrauchern fördern.

Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?

Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Weder Stallgröße noch das Etikett der Haltungsform sind ausreichende Maßstäbe für das Tierwohl, sondern der Zustand des einzelnen Tieres. Wir wollen Landwirte bei der Umsetzung von tierwohlfördernden Maßnahmen unterstützen, beispielsweise durch beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Bau von offenen Stallsystemen. Umweltschutz und Tierwohl dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Den Umbau der Nutztierhaltung wollen wir gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Landwirte müssen in die Lage versetzt werden, die mit höheren Standards beim Tierwohl verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften zu können. Statt immer weitergehenden ordnungsrechtlichen Auflagen brauchen Landwirte zunächst verlässliche Rahmenbedingungen. Eine

Finanzierung über eine zusätzliche Belastung der Verbraucher in Form von zusätzlichen Steuern oder Steuererhöhungen lehnen wir jedoch klar ab.

Wie können Milchviehbetriebe, die in einer teilweisen Anbindehaltung (Kombinationshaltung) wirtschaften, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?

Wir treten für eine verantwortungsvolle Haltung von Nutztieren ein. Dabei setzen wir auf rechtsstaatliche Kontrollen und wirksame Modernisierungsschritte in der Tierhaltung, die auch kleine und mittlere Betriebe mitgehen können. Die Anbindehaltung wollen wir schrittweise überwinden. Den Umbau der Nutztierhaltung wollen wir wie oben schon genannt gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Landwirte müssen die mit höheren Tierwohlstandards verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften können. Der Umbau der Tierhaltung muss marktwirtschaftlich erfolgen.